

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

441 + Ausgabe B Nr. 219
Ausgabe für Berlin u. Umgegend Nr. 441

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

T. W. Was sich zwischen Berlin und München ist, ist nur eine Episode, die den notwendigen Entwicklungsprozess, die Festigung des Staatsgebäudes, nicht aufhalten darf. Berlin sollte man die Forderungen, die zum Schutze der Ordnung und der Reichsicherheit erhoben werden müssen, nicht mit überflüssigem Beifall bekräftigen, und in München die man, wenn auch einmal ein patriotischer Volksgeist der Wahrheit allerlei Phantasien hinzufügt, nicht die Augen davor verschließen, daß unter dem Ausnahmestand doch wirklich ein nicht regulärer Zustand herausgebildet ist. Wenn man in Bayern für Herrn v. Kahr den Ehrennamen eines Staatspräsidenten schaffen will, so ist das eine nicht beruhigende bayerische Angelegenheit. Das Reich ist nur verzogen, doch keines seiner Mitglieder unter dem aufgezwungenen Ordnungsmaßregeln Intrigue und aggressive Ausdehnungen duldet, die gegen seine Verfassung, seine Ruhe und Sicherheit gerichtet sind. Der Reichspräsidenten-Witz hat einen Fehler begangen, indem er ein amtliches Attest für gänzlich unzulässig gibt, und rechtlich geortet, festzustellen, daß besonders der Vorfall, der deutsch-nationale bayerische Justizminister Dr. Roth mit den Ehrhardt-Bündlern geschwiegen, was ein Hochverrat geahndet hätte — sich nicht aufrechterhalten. Der bayerische Sozialminister Oswald hat, noch unrichtiger, Beschuldigungen herabgeredet, deren Grundlosigkeit sich auch ohne das Berliner Dementi ergab. Um die Verantwortung zu machen, mißte sich mit überflüssiger Genauigkeit die rechtliche Ministerpräsidenten-Erklärung mitteilen. Die Erklärung, in der der Kanzler abfand, klang nicht bedenklich nach folgender Veränderung und der Gerechtigkeit. Während die Mißbräutigungen und die Aufregung von Beruf an dem republikanischen Staat rütteln, ist erfreulicherweise von allen Seiten die Vermutung durch, solche auszubilden. Die Einsicht ringt sich dazu, daß am besten auf der sogenannten bayerischen Grundlinie, mit dem von den Sozialdemokraten bis zur Deutschen Partei reichenden Regierungsverbände, gesehen werden. Wir hoffen, daß auf dem Berliner Parteitag Sozialdemokratische praktische Klugheit über Schlagworte, Phrasen und Mißbräutigungen liegen wird. Auch andere Leute in manden Volksparteien beklagen, aber ein Volkstifter ist wie Gotthard Wenig und kommt nicht weiter, wenn er nur nach Sodum blüht. Die Deutsche Volkspartei ist vorwiegend zwischen der Republik und der Monarchie und her gewandert und hat den heutigen Staat als ein betrachtet, unter dem man vorübergehend schlüpfte. Das alte Volk aber kann nicht in einem Tage wohnen, sondern es ist nicht ein festes Band. Wenn die Deutsche Volkspartei sich ihre Anhänger an den Gedanken gewöhnen will, daß die Politik nicht wie ein Lebensgangstadium, sondern wie eine stehende Ladung angesehen und behandelt werden muß, so wird sie sehr viel für die Wiederaufrichtung Deutschlands tun. Wo nicht das Verständnis für den Staat erweitert ist, erreicht auch nicht das Pflichtbewußtsein der Staatsbürger, auf gleichem Grunde kann man nicht wirtschaftlich leben. Die Politik ist nicht nur für den inneren Frieden, sondern zwischen Tür und Angel macht man keine auswärtige Politik.

Französische Note über die Zurückziehung der Ruhrarmee.

Die Truppenbewegung bereits im Gange.

Die französische Regierung hat am 17. September an die deutsche Regierung folgende Note gerichtet: „Die französische Regierung hat die Zurückziehung der im Mai dieses Jahres in das besetzte Gebiet entlassenen Truppen nach Frankreich beschlossen. Die Truppenbewegung soll am 15. September beginnen und vor dem Ende dieses Monats beendet sein.“

Es handelt sich hierbei nicht um eine Aufhebung der militärischen Sanktionen, sondern lediglich um die Zurückziehung der sogenannten Ruhrarmee.

Poincaré fordert Pfänder.

Für die Verlängerung der Besatzungsfrist in den Rheinlanden.

Im heutigen „Matin“ veröffentlicht Raymond Poincaré einen Artikel unter der Überschrift „Verpfändung und Wirtschaft“, worin er erklärt, daß Frankreich weniger Sorge darüber führe, daß man ihm bei den Friedensverhandlungen nicht die Grenze gab, die es 1914 forderte, sondern hauptsächlich darüber, daß ihm eine Verlängerung der Besetzung des Rheinlandes bis zur vollen Bezahlung der Schulden verweigert wurde, die Frankreich fordern mußte, da der Plan eines englisch-amerikanisch-französischen Garantievertrages nicht verwirklicht worden sei. Am 6. Mai hätten Lloyd George und Wilson Clemenceau erklärt, daß sie der Ansicht Poincarés nicht zustimmen könnten, daß die Besetzung aufrecht erhalten bleiben müsse, bis Deutschland allen seinen Verpflichtungen nachgekommen sei. Daß der Garantievertrag, auf den Frankreich so große Hoffnungen gesetzt hatte, nicht ratifiziert wurde, sei nicht Englands Schuld, weil es ja die Ratifizierung dieses Vertrages von der Bedingung abhängig gemacht habe, daß die Vereinigten Staaten das befehligen täten. England sei also in vollem Rechte, und Frankreich hätte

unrecht, sich darüber zu entrüsten. Aber Frankreich müsse auf einen solchen Anspruch erheben, und dieser könne nur darin bestehen, daß ihm formell das Recht zugestanden werde, bis zur Bezahlung der Schulden durch Deutschland am Rhein zu bleiben. Poincaré wünscht, daß diese Frage auf der Abrüstungskonferenz erörtert werde, weil Frankreich nur dann abzurufen infolge wäre. Aber Poincaré glaubt nicht, daß der Abrüstungsvertrag von Amerika ratifiziert werde, und infolgedessen müsse Frankreich von seinen Alliierten fordern, daß ihm das Recht zugestanden werde, die Pfänder in seiner Hand zu behalten, die es gegenwärtig besitzt, bis Deutschland seinen Verpflichtungen nachgekommen sei.

Paris, 19. September.

Der „Petit Parisien“ schreibt: „Trotz des Sturzes der Maréchal darf man nicht denen blindlings glauben, die überall das Gerücht verbreiten, daß Deutschland dabei sei, sich absichtlich zahlungsunfähig zu machen, um uns nicht zu bezahlen, und daß die deutschen Bankiers und Großindustriellen den deutschen Staat zu einem betrügerischen Bankrott treiben. Geschäftsleute pflegen derartige Redereien nicht zu begehren, denn sie wissen sehr gut, daß die ganzen Rohlen- und Industrieerzeugnisse im Ruhrgebiet konzentriert sind, und daß das Ruhrgebiet in unserer Hand ist. In demselben Augenblick, wenn man eine derartige schimpfliche Ansicht den Deutschen unterstellt, spricht die ganze deutsche Presse über die Verhandlungen, welche Reichsminister Dr. Brüning mit den Großindustriellen und Industrieverbänden führt, die ihm ihren Kredit und den Kredit ihrer nächsten Firmen anbieten, um dem Staat die Erfüllung der nächsten Zahlungsverpflichtungen den Alliierten gegenüber zu ermöglichen; sie verlangen dafür nur Abschwägungen der Steuererhebung, von der sie bedroht sind, und verlangen den Eintritt ihrer (7) Partei, der Deutschnationalen Volkspartei, (gemeint ist natürlich die Deutsche Volkspartei Dr. Brüning), in die deutsche Regierungskoalition. Das ist nicht die Haltung eines Schuldners, der sich auf seinen Bankrott vorbereitet.“

Parisien sagen wollte, daß ein wirtschaftlicher Schutz gegen nationalisierte Nachbarschaft und Hofhausbrüche nur in einer vernünftigen Politik liege, so würde er das vernünftig ablehnen, denn er fühlt unter dem schwarzen Kote als Militär. Aber diejenigen Personen in Frankreich und in anderen Ländern, die bei anomalen Erscheinungen nach den Ursachen forschen, müssen immer wieder ermahnen, sich die deutsche Staatsgeschichte etwas genauer anzusehen.

Da man von Deutschland auf allen Seiten große Gebiete weggeschnitten hat und sehr viele Bewohner dieser Landesteile aus ihrem Heiß und ihrem Erwerb herausgerissen, von dem Erwerb verjagt worden oder freiwillig fortgewandert sind, lehrer auf einem verengten Raume jetzt ein gewaltig angelegener Bevölkerung, die sich zusammengeballt hat, und die auf die Aufkündigung des Heeres forderte und uns fast einer Witz, die mit dem Volk verwaschen ist und aus allen Volksschichten herabragt, ist für seinen in Ordnung befindlichen Staat, und am wenigsten für Deutschland passenden Söldnerheer vor sich, — war man, mit disziplinierten und tüchtigen Menschen, eine große Anzahl verweideter und verwirrter Individuen in den Strudel, verdrängt man maßlos das Element der Unordnung und der Unfähigkeit. Zudem man uns alle Kolonien nahm, durch die ungeheure finanzielle Belastung einen Bankrott herbeiführte, der die Frucht über's Meer, die Abwanderung zu neuen Arbeitsplätzen verhindert, wurde diese ganzen wogenden Massen der Ausreise ins Freie abgeperrt. Es verdient die höchste Bewunderung — und diejenigen, die so gern von Rußland reden, sollen an diejenige Rußlandpolitik des deutschen Volkes nicht verdrängen vorübergehen — daß die ungeheure Mehrheit sich so schnell zurückgefunden, sich den Verhältnissen angepaßt, sich arbeitsfähig die neuen Lebensgrundlagen geschaffen hat, oder, wo solche Möglichkeiten sich nicht boten, begehden die Ungunst der Lage erträgt. Die anderen, die diesen herbeizogen, tüchtigen Schaffenswillen nicht besitzen, voll Wohl aber den Verstand ihrer alten Vorteile und ihres alten Glanzes herzugeben, die Niederlage und ihre Ursachen nicht sehen wollen, den neuen Staat anklagen und, statt die Hände in rüftigem Mitleideweise zu legen, lieber die Fäuste ballen, sind wie Treibeis, das immer wieder die Fahrt des Schiffes hemmt. Die schifflosen sinken entweder in das gewöhnliche Schiebermeer oder in ein Raufboldleben, oder in Verschönerungswahn und Verbrechen hinab. Unendlich viel ist geschehen, um diesen geistigen und moralischen Zerfall auszubekämpfen und zu heilen, und die Schuld im eigenen Lande ist riesengroß. Unleugbar ist die Verantwortung jener Professoren, die leichtsinig und mit engem Geiste ihre Studenten zu Feinden des Staates, statt zu Mitarbeitern am Staate heranzubilden, und sie der Wirtschaft entfremden, statt sie mit optimistischem Schaffensdrang und leblicher Pflichterkenntnis zu erfüllen. Unvergleichlich ist die Schuld jener anderen Gelehrter, die das Volk in zwei Völker auseinanderreißen und dem einen das Verbrechen, dem anderen das Siegtüdel und der andere drüber der hinterlistige Drogen sei. Unauslöschbar ist die Schuld jener Agitatoren, die sich über die hitzige Verwirrung und die gestörte Mentalität vieler Hörer und Leser im Klaren sein müßten, und doch die Giftflut der aufreizenden Schlagworte auf den allzu empfänglichen Boden streuen. Was das Liebel wäre ohne die Bedingungen des Verfallenen Vertrages, die mit verändernder Gleichgültigkeit oder grenzenlosem Unverständnis die Lebensbedingungen eines Landes und die Nachwirkungen des Krieges außer acht gelassen haben, schon halb kuriert. Man hat nicht nur einen brutalen, sondern man hat einen widerrechtlichen Vertrag diktirt. Er ist besonders deshalb widerrechtlich, weil er einem mit verbitterten und aufgereizten Elementen durchsetzten Volk Raum, Luft, Bewegungsfreiheit

und Ausgänge nahm. So erhebt vor konstatieren dürfen, daß Lebensstrop, Intelligenz und Unternehmungsgestalt sich von keinem Hindernis einschließen lassen, so klar ist es, daß in manchem erst hinter den Gitterläden der tiefste Trieb erwacht.

Die Regierungen, die nach der Revolution kamen, lenkten, und das wird trotz aller Fehler und Mängel ein geschichtliches Verdienst bleiben, die Arde aus der Einfuhr zum Berge Abrat. Indessen, der Berg ist ein wenig schmal. Wenn es gelingen sollte, die Sozialdemokratie und die Deutsche Volkspartei zusammenzubringen, so würde der aus der Katastrophe gelandete Staat auf breiterem Boden stehen. Dann würde man — falls wenigstens die Anstimmungen vorredig sind — der Festigung ernst meinen und nicht solche Wähler begünstigen wollen — Erschütterungen und Erschütterer leichter abwehren können, und auch für die auswärtige Politik wäre der Nutzen nicht gering. Die auswärtige Politik der deutschen Republik kann nicht länger den Trübel wider Staatsbekämpfung übertragen und kann nur in behüteter Ruhe zu günstigen Ergebnissen gelangen. Es ist ein großer Verzicht, anzunehmen, durch die Meinungsverschiedenheiten, Kampfbereitschaften und Interessensverschiedenheiten, die sich zwischen Frankreich und England ergeben, werde ihr der Weg bequemer gemacht. Die Pariser Klage über eine Jolierung Frankreichs kommen von Gemütern, die gern in Unberührbarkeiten schwelgen, aber klar ist, daß Frankreich und England in der Welt sehr verschiedenartige Bedingungen aufstellen, in denen auch die Äußerst Deutschen sehr verschiedenartig verwehrt wird. Wir können vorläufig nicht auf den Gedanken kommen und sich auch nicht einlassen, uns an den einen oder den anderen zu binden, aber wer meinen sollte, man könnte sozulagen mit zwei Eilen im Feuer operieren, würde sich vermuthlich an beiden Eilen die Finger verbrühen. Die wirtschaftlichen Abmachungen Walfreud Ratignas und Souhrens werden noch geheim gehalten, aber man muß hoffen und darf wohl annehmen, daß die politischen Nebenwirkungen und Nachwirkungen, die ein solches Abkommen mit Frankreich haben kann, genau überdacht worden sind. Alles deutet darauf hin, daß Souheur, durch seine Aussprache mit Rathenau von manchen Vorteilen freisetzt, die Dinge nicht mehr wie ein Poincaré oder ein Barthou anstellt, und manche Angelegenheiten schon seit einiger Zeit dafür, daß auch Briand sich von einer Gewaltpolitik, die heute auf ihre Urheber zurückschlägt, abwenden und feinere Methoden anwenden möchte, aber wir bedürfen einer Garantie dafür, daß man uns nicht totenlos und zu billigem Preise in dem diplomatischen Spiel gegen England benutzen will. Seit die Abmachungen, daß die Französischen Ruhrerregimenten in der Zukunft ins Ruhrgebiet nicht mehr einmarschieren dürfen, eine Handlung ist? Wir werden gewiß nicht die Hände auf dem Rücken halten, wenn Herr Briand die feigenen ausstrecken sollte, aber wir müssen uns auch davor schützen, auf den Platz zu geraten, der zwischen den zwei Stühlen liegt. Die deutsche Politik muß heute lauern, aber einheitlich und nach einer bestimmten Idee. Sie hat es sehr schwer, aber sie hat auch gute Aussichten, und vor allem die Aussicht nach Walfreud und Briand hinaus. Wenn es eines Tages gefaltet sein wird, die wirtschaftliche Wiederherstellung dieses gewaltigen veränderten Landes in gemeinsamen Wirken mit anderen Mächten planmäßig und etappenmäßig zu beginnen, werden wir Luft haben, den Weg ins Freie, neue Tätigkeitsfelder für unseren nicht zusammengepreßten Volkswirtschaft zu finden. Was dahin aber müssen wir heute gewinnen. Nur wenn der Staat Ruhe gewinnt, gewinnt er Zeit, und damit war noch nicht alles, aber viel. Das sollten schließlich sogar diejenigen begreifen, die einen Volksteil gegen den anderen aufreizen und beim Anspöckelwinken das wunderliche Lied von dem Deutschland singen, daß „brüderlich zusammenhält“.